



## Liebe Europäerinnen, liebe Europäer!

Weihnachten steht vor der Türe und das Jahr neigt sich seinem Ende entgegen. Das größte Geschenk hat sich die Europapolitik kurz vor Jahresschluss selbst gemacht:

Am 13. Dezember unterzeichneten die EU - Staats - und Regierungschefs den `Vertrag von Lissabon`, sicherlich ein Meilenstein im europäischen Einigungsprozess.

Die Europäische Union wird damit demokratischer, entscheidungs - und handlungsfähiger. Die wichtigsten Neuerungen stellte ich bereits im letzten Newsletter dar, übrigens jederzeit nachlesbar im Archiv meiner Homepage unter [www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de).

Es ist manchmal nicht gerade leicht nachvollziehbar, warum sich die Europäische Union oft so schwer tut mit den nötigen Schritten nach vorne. Deshalb möchte ich diesen Newsletter schwerpunktmäßig einer Debatte widmen, die so alt ist wie die europäische Einigung selbst: die so genannte Finalitätsdebatte. Sie zielt auf das politische `Finale` europäischer Integration ab und wird vielfach als ein Pendelschwingung zwischen Staatenbund und Bundesstaat verstanden.

Ihnen und Ihren Familien möchte ich an dieser Stelle meine herzlichen Weihnachtsgrüße übermitteln, fröhliche und geruhsame Festtage wünschen und alles Gute fürs neue Jahr, vor allem Gesundheit und Zufriedenheit.

Viel Spaß bei der Lektüre!

## Bundesstaat! Staatenbund! Wohin des Wegs, Europa?

Als die Gründerväter der EU im April 1951 die `Pariser Verträge` unterzeichneten, um die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) ins Leben zu rufen, war ihr Plan so genial wie einfach: Durch Vergemeinschaftung kriegswichtiger Industrien sollte der Grundstock für dauerhafte Friedenssicherung auf dem europäischen Kontinent gelegt werden. Den Anfang machten Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Besonders bemerkenswert war der Schulterschluss zwischen Deutschland und Frankreich, die über Jahrhunderte als so genannte `Erbfeinde` galten, seither aber als Motor der europäischen Integration wirken.

Wirtschaftliche Integration sollte die politische Einigung nach sich ziehen - dieser Ansatz ist auch bekannt als „Schumann-Plan“ oder „Methode Monnet“, benannt nach den beiden französischen Politikern, die diese Idee entwickelten. (Robert Schumann: damaliger französischer Außenminister; Jean Monnet: erster Präsident der Hohen Behörde der EKGS, dem Vorläufer der Kommission)



### Termine

09. Jan 08

**Neujahrsempfang  
der Stadt Nürnberg**

11. Jan 08

**Neujahrsempfang  
SPD Heilsbromm**

26. Jan 08

**Besichtigung  
AEG-Areal**

**40 Jahre SPD -  
Puschendorf**

01. Feb 08

**Neujahrsempfang  
der NürnbergSPD**

06. Feb 08

**Pol. Aschermitt-  
woch in Wai-  
schenfeld-Aufseß  
und Bayreuth**

07. Feb 08

**Wahlkreisbesuch  
b. Bärbel Kofler,  
MdB in Traun-  
stein & Berchtes-  
gadener Land**





Ihr Plan ging auf: Die Bereiche wirtschaftlicher Integration wurden im Laufe der Jahrzehnte immer weiter ausgedehnt, die begleitenden Gemeinschaftspolitiken entsprechend miteinander verzahnt.

Wichtige Etappen dieser Entwicklung: Europäische Atomgemeinschaft und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1957), Zollunion (1968), Wirtschafts- und Währungsunion (seit 1990), im Zuge dessen Verwirklichung des Binnenmarkts sowie Euro-Einführung (1999 als Buch-, 2002 als Bargeld).

Auch die institutionelle Zusammenarbeit wurde weiter vertieft: Kommission, Ministerrat und Parlament sind heute bedeutsame europäische Akteure ebenso wie der Europäische Gerichts- und Rechnungshof.

Gemessen an ihren Zielen ist die Europäische Union sehr erfolgreich: Sie bildet eine Wertegemeinschaft, die auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit beruht und der Bevölkerung wirtschaftlichen inklusive sozialen Fortschritt bringen soll. Ihre nachweislichen Erfolge machte sie natürlich auch für andere europäische Staaten attraktiv und so fanden zwischenzeitlich mehrere Erweiterungsrounds statt: Norderweiterung in 1973 (GB, IR, DK), Süderweiterung in 1981/86 (GR, E, P), Erweiterung um Ö, F, S in 1995 und schließlich die Osterweiterung in 2004/07.

Immer wieder gab es auch Rückschläge zu verkraften, beispielsweise das Scheitern der Europäischen Politischen Union (1962) oder zuletzt der `Verfassung für Europa` (2005).

Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass in den Mitgliedsländern zwar weitgehende Einigkeit über die Ziele der EU herrscht, nicht aber darin, wie viel wirtschaftliche und vor allem politische Integration für deren Verwirklichung idealerweise nötig ist. Mindestens zwei Lager lassen sich ausmachen: diejenigen, denen ein europäischer Bundesstaat nach Vorbild der USA vorschwebt und deshalb mehr politische Integration eintreten



(Stichwort `Vertiefung`) und diejenigen, die einen Staatenbund favorisieren und deshalb der wirtschaftlichen Integration den Vorrang geben (Stichwort `Erweiterung` - für mehr Freihandel).

Natürlich spielt die politische Kultur eines Landes eine zentrale Rolle dabei, wie viel nationale Entscheidungsbefugnis man bereit ist zu übertragen. In Großbritannien oder Skandinavien, aber auch den gerade erst unabhängig gewordenen Staaten Osteuropas ist diese Bereitschaft tendenziell geringer ausgeprägt als in anderen Ländern, zum Beispiel Deutschland.

Es wäre unklug, diese verschiedenen Haltungen an sich gut heißen oder verdammen zu wollen. Vielmehr ist es wichtig, sie als gegeben anzuerkennen und die europäische Einigung als einen Prozess zu verstehen, der im Spannungsfeld der beiden Pole `Staatenbund vs. Bundesstaat` stattfindet. Oft wird beklagt, dass uns eine gemeinsame, letztgültige Vision vom Grande Finale europäischer Einigung fehlt. Aber unser EU-Motto lautet nicht ohne Grund „In Vielfalt vereint“.

Europa besticht durch seine Vielfalt, auch und gerade was das Ideal seiner künftigen Gestalt anbelangt. Im europapolitischen Alltagsgeschehen gilt es, diese Widersprüche konstruktiv zu nutzen. Denn letztgültiges Ziel europäischer Einigung kann weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund sein. Dies ist und bleibt die dauerhafte Friedenssicherung basierend auf der Solidarität der Völker, ganz im Sinne der Idee unserer Gründerväter.





## Interview mit Bundesentwicklungsmi- nisterin Heidemarie Wieczorek-Zeul:

**Es gibt schon eine Vielzahl ähnlicher Pro-  
gramme. Was ist das Neue an 'weltwärts'?**



„Kirchliche Einrich-  
tungen und private  
Träger bieten be-  
reits Freiwilligen-  
dienste unbürokrati-  
sch und mit hohem  
Engagement an.  
Diese Freiwilligen-

dienste sind allerdings häufig mit einem hohen finanziellen Eigenbeitrag der Freiwilligen verbunden, der für viele eine zu hohe Hürde ist. Wir wollen, dass entwicklungspolitisches Engagement nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, sondern einem möglichst breiten Kreis junger Menschen offen steht. Bei *weltwärts* fördern wir die Freiwilligen mit 580 Euro pro Person und Monat. Die entsendende Organisation leistet einen Eigenbeitrag und zusammen werden so alle anfallenden Kosten wie zum Beispiel für den Flug, Vorbereitungsseminare und ein monatliches Taschengeld abgedeckt. Den Freiwilligen sollen keine Kosten entstehen. Sie können aber bis zu einer bestimmten Höhe Spenden einwerben und die Entsendeorganisation so unterstützen.“

**Das Programm stößt auf großes Interesse.  
Wie erklären Sie sich dies?**

„Gerade die jungen Menschen spüren sehr genau, dass uns die Armut von Menschen in anderen Ländern etwas angeht, wenn im Amazonas der Tropenwald zerstört wird oder sich in Afrika AIDS ausbreitet. Sie spüren, dass soziale Verantwortung und Gerechtigkeit eine Frage unserer eigenen Zukunft ist. Außerdem kann man bei *weltwärts* etwas lernen, was in unserer immer stärker globalisierten

Gesellschaft wichtig ist: Interkulturelle Kompe-  
tenz, Sprachen, Selbstmanagement.“

**Für welche Länder und Projekte können  
sich die jungen Menschen bewerben?**

„Einsätze sind in allen Entwicklungsländern rund um den Globus möglich: schwerpunkt-  
mäßig Afrika, aber auch Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Das können Projekte in sozialen Einrichtungen, Landwirtschaftsprojekte, Umweltprojekte, Bildungsprojekte oder Menschenrechtsarbeit sein. Freiwillige können beispielsweise AIDS-krankte Kinder in Südafrika betreuen, helfen Solaranlagen in Tansania aufzubauen, sich um Kinder aus benachteiligten Familien in Bolivien kümmern oder in einer Grundschule in Indien mitarbeiten. Die Palette an Ländern und Einsatzbereichen ist breit.“

**Welche Voraussetzungen sollten die Be-  
werberinnen und Bewerber mitbringen?**

„Das Wichtigste: Es wird von ihnen erwartet, dass sie sich voll für die Sache einsetzen und dass sie Willens sind, sich zu engagieren. Wenn Bewerberinnen und Bewerber dann noch zwischen 18 und 28 Jahren alt sind und Abitur oder Hauptschul- oder Realschulabschluss plus Berufsausbildung oder eine vergleichbare Eignung mitbringen stehen die Chancen gut. Allen die sich interessieren empfehle ich, sich unsere neue Internetseite [www.weltwaerts.de](http://www.weltwaerts.de) genauer anzuschauen.“

### Impressum:

Der Newsletter wird herausgegeben von  
Günter Gloser, MdB, Platz der Republik 1,  
11011 Berlin, Tel: 030/227 711 87

**Wahlkreisbüro:** Karl-Bröger-Str. 9, 90459  
Nürnberg, Tel: 0911/4389630

Mail: [guenter.gloser@wk.bundestag.de](mailto:guenter.gloser@wk.bundestag.de)

Homepage: [www.guenter-gloser.de](http://www.guenter-gloser.de)